



II-764 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

353.111/15-III/4/83

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

16. Dezember 1983

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton B E N Y A

278/AB

Parlament
1017 W i e n

1983 -12- 2 1

zu 275/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Löffler und Genossen haben am 24. Oktober 1983 unter der Nr. 275/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Nichtbeantwortung eines Schreibens der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden durch den Bundeskanzler gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1) Wieso haben Sie die Eingabe des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden, in der eine Beteiligung der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden am Förderzins gefordert wird, nicht beantwortet?
- 2) Wie steht die sozialistische Koalitionsregierung zur im Schreiben des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden gestellten Forderung auf Beteiligung der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden am Förderzins?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1:

Ich habe am 16. Juni 1983 ein Schreiben des Herrn Bürgermeisters Ferdinand Reiter in der Angelegenheit der Beteiligung am Förderzins erhalten. Am 30. Juni 1983 ist ein weiteres Schreiben des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden mit identischem Wortlaut eingelangt. Staatssekretär Dkfm. Lacina hat das Schreiben des Herrn Bürgermeisters Ferdinand Reiter in meinem Auftrag am 31. August 1983 beantwortet. Eine Beantwortung des Schreibens vom 30. Juni 1983 unterblieb deshalb, weil Bürgermeister Reiter diesen Brief mitunterzeichnet hat und daher angenommen werden konnte, daß auch die anderen Vorstandsmitglieder des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasge-

- 2 -

meinden entsprechend informiert würden. Im übrigen hat Staatssekretär Dkfm. Lacina den Sachverhalt mit Schreiben vom 4. November 1983 Herrn Bürgermeister Reiter mitgeteilt und seine Stellungnahme auch den drei Klubobmännern zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 2:

Anlässlich der Beantwortung parlamentarischer Anfragen habe ich wiederholt festgestellt, daß die Bezeichnung "sozialistische Koalitionsregierung" oder "sozialistische Regierungskoalition" nicht richtig ist. Wir haben in Österreich derzeit eine Regierung, die von Vertretern der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei Österreichs gebildet wird. Ich möchte nochmals ersuchen, dieser Tatsache künftig auch terminologisch Rechnung zu tragen.

Zur Frage selbst teile ich mit, daß Staatssekretär Dkfm. Lacina in meinem Auftrag das Bundesministerium für Finanzen bezüglich der Forderung auf Beteiligung am Förderzins um eine Stellungnahme ersucht hat.

Nach diesen Informationen läßt jedoch das Steueraufkommen von 1981 auf 1982 keinen Hinweis darauf zu, daß größere Einbrüche beim Ertrag der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag zu erwarten sind. Soweit Korrekturen aufgrund zu hoher Einkommenszuweisungen aus den Vorjahren im Jahre 1982 notwendig wurden, hat die ÖMV-AG durch entsprechende Abgabenvorauszahlungen Erleichterungen geschaffen. Einer Beteiligung der Gemeinden an den Einnahme des Bundes aus den Förderungszinszahlungen der ÖMV-AG kann aber allein schon wegen der Beispielsfolgerungen nicht näher getreten werden.

